

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Transparenz bei Öffentlich-Privaten Partnerschaften erhöhen und Ausstiegsszenarien prüfen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Landtag über alle Verträge des Landes zu Projekten Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) und deren wesentlichen Inhalte zu unterrichten.
2. alle rechtlich möglichen Ausstiegsszenarien, insbesondere unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, zu prüfen und dem Landtag das Prüfergebnis spätestens zum 31.12.2014 vorzulegen.
3. den Kommunen eine kritische Prüfung bestehender Verträge zu empfehlen und sie gegebenenfalls beim Ausstieg aus den Verträgen zu unterstützen.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Lange Zeit wurden Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) mit der Hoffnung der größeren Wirtschaftlichkeit und einer Entlastung der öffentlichen Haushalte verbunden. Allerdings hat sich gezeigt, dass ÖPP in der Regel mit Mehrkosten und hohen, teils unkalkulierbaren Risiken für die öffentliche Hand verbunden sind. Zudem sind die abgeschlossenen Verträge und Konditionen weder für den Haushaltsgesetzgeber, noch für die Öffentlichkeit transparent dargestellt oder zugänglich. Anreize ÖPP einzugehen liegen in den gegenwärtigen haushaltsrechtlichen und finanzstatistischen Regeln, da diese die Möglichkeit bieten, den Ausweis von Schulden und Defiziten zu vermeiden. Damit können nationale und internationale Schulden- und Defizitregeln umgangen werden, obwohl die einhergehenden Zahlungsverpflichtungen und Schulden letztlich bestehen und sogar höher ausfallen können. Diese unkonventionelle Art der Finanzierung steht im Gegensatz zu einer angestrebten nachhaltigen und transparenten Politik. Aus diesen Gründen müssen alle Möglichkeiten für einen vorzeitigen Ausstieg beziehungsweise alle Ausstiegszenarien bei Vertragsende aus den Projekten geprüft werden.